Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur:
Carl Oehlmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 1314. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 77. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 15. Februar 1900.

□ Kolonialgreuel.

Bei der Berathung des Kolonialetats im Reichstag ist die Affäre Prinz Arenberg eingehend besprochen, aber eine volle Klärung der Angelegenheit nicht herbeigeführt worden. Die Kolonialverwaltung hat allem Anschein nach von ihrer Kenntniß der Dinge dem Reichstag gegenüber nicht vollen Gebrauch gemacht, sich vielmehr bestrebt, den peinlichen Vorgang nach Möglichkeit im Dunkel zu lassen. Die über die Affäre von Anfang an gut unterrichtete „Tägl. Rundschau" bringt jetzt folgende bemerkenswerthe Auslassung:

„Herr Kolonialdirektor v. Buchka hat im Reichstage über den Eintritt des Prinzen Prosper Arenberg in den Kolonialdienst seltsame Aufschlüsse gegeben, die mit unseren eigenen Mittheilungen theilweise im Widerspruch stehen, aber an deren Richtigkeit nichts ändern. Wir behalten uns vor, auf die Angelegenheit noch zurückzukommen, sobald uns der stenographische Bericht der Verhandlung vorliegt. Einstweilen können wir unsere Verwunderung darüber nicht unterdrücken, daß Herr v. Buchka aus den Akten des Kolonialamts so wenig mitzutheilen für gut fand. Er hätte z. B. nicht die Thatsache verschweigen sollen, daß Prinz Arenberg in Münster der Frau seines Wachtmeisters einen Tritt vor den Leib gegeben hat und deswegen den Rath erhielt, abzugehen. Wenn Herr v. Buchka die Verantwortung für die Entsendung des von Natur nicht bösartigen, aber im angetrunkenen Zustande stets zu Gewaltthätigkeiten neigenden Prinzen Arenberg in die Kolonien ganz allein auf sich nimmt, so mag das vom dienstlichen Gesichtspunkt aus betrachtet sehr löblich sein; aber die Verdienste des Herrn v. Richthofen um diese Entsendung hätte er deswegen nicht völlig zu verschweigen brauchen."

In dieser Auslassung ist mehr angedeutet als klar ausgesprochen. Hoffentlich führt das Blatt sein Vorhaben aus, nach dem Erscheinen des stenographischen Berichtes auf die Sache noch näher einzugehen. Es liegt unbedingt im Interesse der Oeffentlichkeit, volle Klarheit über die Affaire zu schaffen, damit alle Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden können. Derartige Unthaten verlangen die strengste Sühne. Schon die Ehre des deutschen Namens und das deutsche Ansehen erfordern es, daß derartigen Schandthaten unnachsichtige Bestrafung zu theil wird. Leider lassen die verhältnißmäßig geringen Strafen, die in den nicht minder traurigen Fällen Leist, Wehlan und Peters erfolgt sind, die Hoffnung gering erscheinen, daß gegen den Prinzen Prosper Arenberg die volle Strenge des Gesetzes zur Anwendung kommen wird. Schon die Thatsache — und das ist auch im Reichstag hervorgehoben worden — daß der Prinz nach seinem schon landkundig gewordenen Verbrechen in Afrika als freier Mann nach Deutschland gereist ist, sich in Hamburg im ersten Hotel einlogirt, Gäste empfangen und Feste gegeben hat, muß die Vermuthung erwecken, daß die prinzliche Unthat in gewissen Kreisen eine äußerst milde Beurtheilung erfährt.

Neben dem Fall Arenberg werden leider demnächst wohl noch weitere Kolonialgreuel die Oeffentlichkeit beschäftigen müssen. Abg. Bebel hat am Dienstag im Reichstage mitgetheilt, ihm sei berichtet worden, daß im Tage ein Offizier der Schutztruppe vier Dorfälteste so habe mißhandeln lassen, daß sie starben; ein anderer Offizier der Schutztruppe habe eine Eingeborenenfrau zu Tode geprügelt und ihr Kind niedergeschossen. Zunächst erklärte Dr. v. Buchka, ihm seien die Fälle gänzlich unbekannt. Nachdem Bebel ihm privatim die Namen der betreffenden Kolonialhelden genannt hatte, ließ er, dem „Vorw." zufolge, feststellen, daß allerdings gegen die zwei Offiziere eine Untersuchung schwebe, nur solle der Sachverhalt etwas anders sein, als er von Bebel berichtet worden ist.

Bis jetzt ist noch immer von der Kolonialverwaltung, wenn Gerüchte über Kolonialskandale auftauchten, der Sachverhalt anfangs bestritten worden, aber die Untersuchung hat immer ergeben, daß thatsächlich die behaupteten Schändlichkeiten vorgekommen sind, ja die ersten Mittheilungen sind hinter der Wirklichkeit in der Regel noch zurückgeblieben. Wir fürchten, daß auch in den beiden zuletzt erwähnten Fällen ähnliche Kolonialgreuel vorliegen, wie sie in den anderen Vorkommnissen festgestellt worden sind. Diese Leistungen deutscher „Kolonialpioniere" in Afrika sind ein überaus trauriges Kapitel in dem Buch unserer Kolonialgeschichte und sie sind — von sonstigen bitteren Erfahrungen ganz abgesehen — nur zu sehr geeignet, gegenüber der ganzen neudeutschen Kolonialpolitik eine Haltung des Mißtrauens und der kritischen Vorsicht zu rechtfertigen.

Der Abg. Schippel und die Flottenverstärkung.

△ Der Abg. Schippel hat am Montag in Chemnitz, seinem Wahlkreise, einen Vortrag über „Sozialdemokratie und Flottenvorlage" gehalten, der in hohem Grade das Mißfallen des Abg. Bebel erregen dürfte. Nach derselben Methode, die schon auf dem letzten Parteitage den heftigsten Unwillen Bebel's hervorgerufen, vermied Schippel es, eine vom Fraktionsstandpunkte aus unzweideutige Stellung zu nehmen. Zwar erklärte er, nach dem Bericht der Sozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme," daß er „hier unter lauter Fremden und Bekannten wohl nicht erst zu sagen brauche, daß er dieser Regierung und dieser Flottenvorlage genau so ablehnend gegenüberstehe, wie nur irgend ein Mitglied der Partei in der Fraktion," und begründete im zweiten Theil seiner Rede auch die in den 19 sozialdemokratischen Versammlungen angenommene Resolution gegen die Flottenvorlage nach dem bekannten sozialdemokratischen Schema; daß er aber hierbei mehr pflichtgemäß als seiner eigenen Ueberzeugung folgend sich der ihm gestellten Aufgabe unterzog, bewies der überaus charakteristische erste Theil seiner Ausführungen, der sich wie eine Apologie für von dem Fraktionsstandpunkt diffentirende Ansichten liest.

Schippel ist in seiner Argumentation äußerst vorsichtig; geschickt schiebt er die Gegensätze, die in der Beurtheilung der Flottenverstärkung zwischen den beiden freisinnigen Gruppen bestehen, in den Vordergrund, um dann, wenn auch in versteckter Form, gegen die Ausführungen Bebel's in der Flottendebatte polemisiren zu können. „Von folgenschwerem Ernst ist, sagte er, in der Frage .... die zögernde, fast widerwillige Opposition der Freisinnigen, deren einer Flügel — und zwar der Flügel, der die meisten Intelligenzen, wenn auch nicht eine so überragende Persönlichkeit wie den Abg. Richter enthält — sogar in einer wahren Hurrahstimmung für Panzer und Kanonen schwimmt. Man hat darum von Verrath an allen Prinzipien und Idealen des Liberalismus, von Byzantinismus, von Liebedienerei und Rückgratlosigkeit gesprochen. So wenig ich nun leugnen will, daß diese Dinge mitspielen, und für so selbstverständlich ich es finde, daß man solche innere Fäulniß brandmarkt und alle Schichten, die davon noch nicht angefressen sind, zum Widerstand dagegen und zur Ermannung auffordert, so meine ich doch, daß man den Aeußerlichkeiten einen zu großen Einfluß zuschreibt." Wie erinnerlich, ist es Bebel gewesen, der in der Flottendebatte von Byzantinismus ꝛc. gesprochen hat. Alsdann giebt Schippel „bieser Vorliebe des Freisinns für Schiffe" einen historischen Untergrund in der Bewegung des Jahres 1848, um den Nachweis führen zu können, wie sehr der Mangel einer deutschen Seemacht damals auch von den am weitesten links stehenden Deutschen empfunden wurde, und citirt zu diesem Zwecke den „großen Altmeister" Friedrich Engels, der in einer Arbeit über die Reichsgründung („Gewalt und Oekonomie") folgendes schrieb:

„Die Einheit Deutschlands mußte ... erkämpft werden nicht nur gegen die Fürsten und sonstigen inneren Feinde, sondern auch gegen das Ausland. ... Auf dem Weltmarkt hatte sich die junge deutsche Industrie zu bewähren, nur durch die Ausfuhr konnte sie groß werden. Dazu gehörte, daß sie in der Fremde den Schutz des Völkerrechts genoß. Der englische, französische, amerikanische Kaufmann konnte im Ausland sich immer noch etwas mehr erlauben als zu Hause. Seine Gesandtschaft trat für ihn ein, und im Nothfalle auch ein paar Kriegsschiffe. Aber der Deutsche? In der Levante konnte wenigstens der Oesterreicher sich einigermaßen auf seine Gesandtschaft verlassen, sonst half sie ihm auch nicht viel. Wo aber ein preußischer Kaufmann in der Fremde sich bei seinen Gesandten über widerfahrene Unbill beklagte, da hieß es fast immer: „Das geschieht Euch ganz recht, was habt ihr hier zu suchen? Warum bleibt ihr nicht hübsch zu Hause?" Der Kleinstaatler vollends war überall erst recht rechtlos. Wohin man kam, standen die deutschen Kaufleute unter fremdem, französischem, englischem, amerikanischem Schutz, oder hatten sich in der neuen Heimath schleunigst naturalisiren lassen. Und selbst wenn ihre Gesandten sich hätten für sie verwenden wollen, was hätte es genützt? Die deutschen Gesandten selbst wurden über See behandelt wie die Schuhputzer."

Zum Schluß dieses Theiles seiner Ausführungen machte Schippel auf die bedenkliche Situation aufmerksam, in die die Sozialdemokratie im Falle eines Wahlkampfes wegen der Flottenvorlage kommen würde. „Ich sage das alles nur einmal, weil man sich über Gegner und Gegenströmungen niemals täuschen soll, damit aber, weil man auch für die Zukunft den eigenthümlichen Wahlkampf sich klar machen muß, den wir bei einer etwaigen Reichstagsauflösung infolge des Scheiterns der Flottenvorlage durchzumachen haben würden. Bisher haben wir bei Militärauflösungen einen Kartellreichstag immer nur mit Mühe und Noth dadurch verhindern können, daß wir den Freisinn überall bei den Reichswahlen unterstützten. Dießmal hätten wir bei einer ganzen Zahl von Reichswahlkreisen mit marinefreundlichen Freisinnigen zu rechnen."

Nun hat Herr Bebel das Wort!

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Auf die Meldung von der Gründung eines Lippeschen Landesausschusses des Deutschen Flottenvereins hat der Kaiser

[Nachdruck verboten.]

Aus dem Berliner Kunstleben.

Architektonische Ausblicke.

Der Kaiser hat einmal die Hoffnung ausgesprochen, daß Berlin doch noch einmal die schönste Stadt der Welt werden würde. Ob sich das je verwirklichen wird, steht allerdings sehr dahin. Die Ungunst der natürlichen Lage, die Nüchternheit des inneren Stadtplans, die Vernachlässigung der malerischen Gesichtspunkte bei der Stadtanlage und besonders bei der Gestaltung der Umgebung der Wasserläufe, — das sind Mängel, die sich in absehbarer Zeit selbst dann kaum überwinden lassen werden, wenn einmal eine verständige städtische Kunstpolitik zielbewußt darnach strebt, sie zu beseitigen oder wenigstens zu verringern, anstatt sie, wie es jetzt geschieht, zu verstärken. So viel aber ist unbestreitbar, daß Berlin im letzten Jahrzehnt auch architektonisch sich ganz außerordentlich entwickelt und vielfach wirklich verschönert hat. Was ist unter der Regierung des gegenwärtigen Kaisers alles bereits vollendet worden, was noch in Ausführung oder Vorbereitung! Die Umgestaltung der Umgebung des Schlosses, die Neubauten des preußischen Parlamentes, des Domes, der drei Museen, der Bibliothek und der Akademie, die große Zahl neuer Kirchen (von denen doch manche ihrem Stadttheil wirklich zur Zierde gereicht) — das bildet zusammen gewiß eine sehr respektable Leistung! Dazu tritt nun aber noch eine ganz außerordentliche, sich fast auf alle Stadttheile erstreckende und das Geschäftshaus, wie das Miethswohnhaus und die Villa gleichermaßen umfassende Thätigkeit der Privatarchitektur. So haben in diesem Jahrzehnte fast alle wichtigeren Straßenzüge Berlins ihre Physiognomie mehr oder weniger verändert; einzelne Stadttheile aber, z. B. der um den Spittelmarkt, haben ein völlig neues Aussehen gewonnen.

Der bedeutendste aller in der Ausführung begriffenen Bauten ist der neue Dom am Lustgarten. Seine gewaltigen Gerüste sind jetzt gefallen und, soweit das Aeußere in Frage kommt, kann man sich ein Urtheil über das große Werk bilden. Den günstigsten Eindruck hat man vielleicht von der Rückseite. Dort schiebt der Dom hart an der Spree chorartig ab; und wenn man sich von der Kaiser Wilhelmstraße her dieser Fassade nähert, so sieht man sich einer würdigen und wuchtigen, geschlossenen, doch organisch gegliederten Baumasse gegenüber, über die sich frei und majestätisch die gewaltige Kuppel erhebt. Auch die Schloßseite mit ihrer sehr lebendig, freilich fast in weltlich-heiterem Geiste behandelten Front wirkt anziehend. Um einen Eindruck von der Hauptfassade zu gewinnen, muß man eine ziemlich weite Distanz nehmen; und hat man den Standpunkt — am besten am Westufer der Spree — gefunden, so macht sich allerdings der Mangel fühlbar, daß die Kuppel nicht im rechten Verhältniß zum Ganzen zu stehen scheint. So umgehen steigt sie aus der Mitte empor, daß das andere daneben klein erscheint. Sie überspannt den Bau nicht frei und leicht, wie das Himmelsgewölbe die Erde, sondern lastet schwer auf der Masse, so schwer, daß man meint, früher oder später einmal müßte sie sich senken. Dies ist nun kein Grundfehler des Baues, denn es ist ein Fehler in den Verhältnissen; und die Mittel, die der Meister angewandt hat, um die Fassade zu möglichster Bedeutung zu heben, können diesen Mangel nicht vergessen machen. Man meint zu fühlen, daß dem Baumeister diese Kuppel vor allem am Herzen lag, und daß er seinem Lieblingskinde übel that, indem er es zu reich ausstattete. Es spricht aus dem Werke im ganzen ein sorgsam überlegender, besonnen abwägender Geist; es zeigt Würde, Bildung, Geschmack; aber ihm fehlt das Hinreißende, Geniale, Originelle. Es fehlt ihm auch die Beziehung zu Ort und Geschichte. Was hätte wohl dieser stolze Hochrenaissancebau an sich mit der Geschichte des Hohenzollernhauses, mit der des preußischen Staates oder mit der Stadt Berlin zu thun? Warum sollte er nicht ebenso gut in Dresden, München oder Hamburg stehen können? Ich meine, daß dieser Dom zusammen mit der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche vielleicht das merkwürdigste Beispiel einer Bauknust bilden wird, die in der Kenntniß der Baustile der Vergangenheit und der Fähigkeit, in ihrem Geiste zu schaffen, einzig dasteht, deren schöpferisches Genie aber mit ihrer geschichtlichen Bildung nicht gleichen Schritt hielt.

Dies Gepräge tragen ja nun freilich fast alle unsere neueren öffentlichen Bauten, und man muß, wenn man Eigenartiges finden will, sich auf dem Gebiete der Privatarchitektur umsehen. Hier ist für Berlin der Messel'sche Neubau des Wertheim-Hauses bahnbrechend geworden, in dem mit genialer Treffsicherheit der Typus des modernen Geschäftshauses geschaffen wurde. Dieser Bau hat bereits Schule gemacht; der an der Ecke Friedrich- und Mittelstraße entstandene Neubau der Polin'schen Apotheke knüpft an seinen Stil an. Dies Haus ist in kleineren Dimensionen gehalten, auch nicht für ein einziges großes Geschäftshaus bestimmt, und daher vom Baumeister mit Recht überall zierlicher, sozusagen liebenswürdiger durchgebildet worden. Darin liegt der Fortschritt: das Messel'sche Prinzip ist eigenartig ausgestaltet. Daß wir in diesem Stil noch nichts Fertiges vor uns haben, zeigen zahlreiche Einzelheiten. Die Unklarheit der horizontalen Gliederung, die Kleinlichkeit, mit der das obere, gewöhnlich Wohnungen oder wohnungsartige Räume enthaltende Stockwerk, sowie das Dach aufgesetzt sind, die Unsicherheit in der Gestaltung der Ornamentik — das alles weist auf eben so viele noch zu lösende Aufgaben. Im ganzen aber liegt etwas höchst Originelles und Imponirendes in diesem modernen Waarenhause, das so aufrichtig seine Konstruktion zeigt, ja eben auf ihr überhaupt seine architektonische Wirkung aufbaut, das mit seinen gewaltigen Portalen, seinen ungetheilten Fensterrücken auf die Straße hinauszureichen scheint und im Innern eigentlich nur einen einzigen Riesenraum zeigt, in dem der Käufer sich gewissermaßen widerstandslos von Abtheilung zu Abtheilung geführt sieht. Lichtwark hat das vortrefflich „realistische Architektur" genannt, im Gegensatz zu jener historisch-romantischen der meisten öffentlichen Bauten. Vergleichen mit dem Messel'schen Bau erscheinen selbst die besten älteren Geschäftshäuser, z. B. das Hohenzollern-Kaufhaus, schwächlich und unklar. Denn da ist noch immer der Gedanke verfolgt worden, das Mieths- und das Geschäftshaus zu vereinigen, und zwei ihrer Natur nach ganz verschiedene Zwecke architektonisch zugleich zu befriedigen. Das Geschäftshaus selbstständig gemacht zu haben, ist für Berlin Messel's großes Verdienst.

Seinerseits hat auch das Berliner Miethshaus ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Der Tiefpunkt der Miethskasernen-Architektur scheint nun denn doch endgiltig überwunden. Ihr trauriges Denkmal bilden die „herrschaftlichen" Häuser an der Kaiser Wilhelm-Straße, echte Parvenübauten, die mit rohem Stuck- und Ornamentenwerk überladen, des echten Werthes schöner Verhältnisse und harmonischer Gesammtwirkung ganz entbehren und nur nach falschem Scheine streben. Die neuere Entwicklung des Berliner Miethshauses kann man gut verfolgen, wenn man Berlins jüngste Prachtstraße, den Kurfürstendamm, entlang geht, wo jeder Häuserblock etwa einen Jahresring und im ganzen und großen doch jeder Jahresring einen Fortschritt bedeutet. Da sieht man die Baumeister mehr und mehr zu der Erkenntniß kommen, daß nicht der Schmuck, sondern allein die Schönheit der Verhältnisse den Reiz eines Bauwerkes ausmachen. Die besten Bauten dieser Art zeigen ruhige, bedeutende Flächen, eine geschlossene Gesammtwirkung,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000215025/fragment/page=0001

an den Graf-Regenten von Lippe-Detmold folgendes Telegramm gerichtet:

Grafregent zur Lippe. Für die freundliche Meldung von der erfolgten Bildung eines Lippeschen Landesausschusses des Deutschen Flottenvereins unter Ihrem Protektorat spreche Ich Meinen freudigen und verbindlichen Dank aus.

Wilhelm I. R.

Der freundliche Ton dieses Telegramms läßt vermuthen, daß der „Fall Lippe" vom Jahre 1898 nunmehr beigelegt ist. Damals telegraphirte der Kaiser an den Grafregenten:

„Dem Regenten, was dem Regenten zukommt, weiter nichts. Im übrigen will ich mir den Ton, in welchem Sie an mich zu schreiben für gut befunden haben, ein für allemal verbeten haben."

Der Krieg und die Großmächte.

Die „Globe" bringt die folgende wichtige Auslassung über die Beziehungen der kontinentalen Mächte, besonders Deutschlands, zu England:

„Wenn Graf Bülow's Rede im Reichstag der Bestimmtheit zu entbehren scheint, wo er über die Beziehungen Deutschlands zu England spricht, so sind wir dafür in der Lage, eine Mittheilung zu machen, die jegliche Besorgniß darüber wegnehmen wird. Es ist die bestimmte Absicht der deutschen Regierung, weder in dem Krieg in Südafrika zu intervenieren, noch irgend welche Vorschläge in betreff der Friedensbedingungen zu machen. So weit Deutschland in Betracht kommt, wird uns überlassen bleiben, die Zukunft der Republiken so zu erledigen, wie uns beliebt. Dies darf als absolut gewiß hingenommen werden. Es ist denn auch durchaus der Politik entsprechend, die sich dem Kaiser Wilhelm und den tüchtigen Staatsmännern zu seiner Seite als die natürliche empfehlen muß. Deutschland besitzt weder ein sentimentales Interesse an den Buren, noch hat es irgend einen materiell maßgeblichen Grund, deren Unabhängkeit herbeizuwünschen. Sein Interesse liegt sogar in der entgegengesetzten Richtung. Ein unabhängiger Afrikanderstaat würde dem deutschen Handel ein geschlossenes Thor präsentiren, während unter britischer Herrschaft der deutsche Handel so frei wäre wie der englische. Die einzige denkbare Anzufreidenheit der deutschen mit der britischen Herrschaft in den Republiken wäre etwa in der Aussicht auf einen Treck der Buren in die deutschen Besitzungen in Südafrika begründet. Dies ist jedoch eine Eventualität, mit der die Berliner Regierung wohl fertig werden kann, wenn sie ersteht. Sei dem wie ihm wolle, Deutschland wird nicht intervenieren. Die Bedeutung dieser Entschließung liegt auf der Hand. Sie entfernt die Möglichkeit jeder denkbaren Ursache eines Mißverständnisses zwischen den beiden Ländern. Falls sich eine Intervention hiernach offeriren sollte, so würde sie von anderer Seite herstammen, und wir werden wissen, wie wir uns damit abzufinden haben, wenn sie vorgeschlagen wird. Es kann nicht geglaubt werden, nach Lord Salisbury's enthusiastischer Erklärung, daß die britische Regierung in keinem Falle fremde Einmischungen dulden würde, aber die Zeit ist sicherlich gekommen, wo in klarern Worten als bisher geschehen, ausgesprochen werden sollte, daß die Unabhängigkeit der Buren in jedweder Gestalt zu Ende ist. Nicht nur warten die reichstreuen Kolonisten gespannt auf jene Ankündigung, sondern sie würde auch geeignet sein, die europäische Atmosphäre zu reinigen. Die fremden Mächte haben darauf Anspruch, aus dem Mund der Minister selbst die unbeugsame Erklärung zu vernehmen, die die Entschließung des Landes darstellt!

An anderer Stelle des Blattes ist dieselbe Nachricht in der äußeren Form einer hochoffiziösen Meldung kurz wiederholt.

Die Besteuerung der Waarenhäuser.

Die Begründung, die dem nunmehr dem Abgeordnetenhause zugegangenen Gesetzentwurf über die Besteuerung der Waarenhäuser beigefügt wird, geht von folgenden Erwägungen aus:

Indem die großen Waarenhäuser die kleinen und mittleren Detailgeschäfte durch die übermäßige Konkurrenz erdrücken, mindern sie deren Steuerkraft und beeinträchtigen dadurch das Staat und Gemeinde zufließende Steueraufkommen. Ihre eigenen Steuerleistungen vermögen diesen Ausfall nicht auszugleichen. Denn einmal begnügen sie sich zeitweilig, um zunächst die Konkurrenz todt zu machen, mit sehr geringem oder auch gar keinem Nutzen, erzielen daher nur verhältnißmäßig niedrige Erträge. Sodann können sie aber auch dauernd sich mit einer geringeren Verzinsung ihres Anlage- und Betriebskapitals begnügen, und endlich arbeiten sie vielfach mit einem der Einkommensteuer überhaupt oder doch in der betreffenden Gemeinde entgehenden fremden Kapital.

Dann schildert die Begründung die Versuche, die Gemeinden selbst zu einer Besteuerung der Waarenhäuser anzuregen. Die Anregung hatte kein Ergebniß. Die Staatsregierung hat daher, „wiewohl sie nach wie vor der Ansicht war und auch jetzt noch ist, daß ein autonomes Vorgehen der einzelnen Gemeinden den Vorzug verdient und bessere Erfolge würde zeitigen können, schon im vorigen Jahre Vorschläge zu einer landesgesetzlichen Regelung vorbereitet." Für ihre früheren Anregungen macht sie auch heute noch geltend, daß die mitgetheilten Muster von Gewerbesteuerverordnungen vor dem der jetzigen Vorlage, der der Zugrundelegung des Umsatzes, den Vorzug verdienten:

„Die Maßstäbe des Nutzungswerthes der Geschäftsräume und der Zahl der beschäftigten Personen hatten den Vorzug der leichten äußeren Erkennbarkeit und machten nicht, wie der Umsatz, Kontrollen der Geschäfte, Einsicht in die Geschäftsbücher oder überhaupt ein Eindringen in die inneren Geschäftsverhältnisse nöthig. Für die Feststellung des Nutzungswerthes der Geschäftsräume ist durch die Gebäudesteuer, durch die an vielen Orten bestehenden besonderen Gemeindegrundsteuern nach dem Ertrage oder Miethswerthe sowie in den thatsächlich gezahlten Miethen reichlicher Anhalt gegeben und die Erfahrungen, die mit den vielerorts eingeführten besonderen Gewerbesteuern nach der Zahl der beschäftigten Personen gemacht sind, haben bewiesen, daß die Ermittelung des der Besteuerung zu Grunde zu legenden „mittleren Standes" der Personenzahl im letzten Jahre keinerlei besondere Schwierigkeiten bereitet."

Die Staatsregierung, so heißt es weiter, wünscht, nachdem sie den Maßstab des Umsatzes in Rücksicht auf die Stimmung im Hause hat wählen müssen, „von vornherein keinen Zweifel darüber zu lassen, daß mit diesen Vorschlägen auch die äußerste Grenze erreicht ist; daß für eine Verschärfung des Entwurfs in wesentlichen Punkten auf ihre Zustimmung nicht zu rechnen sein würde. Es gilt dies sowohl von der Begrenzung des Kreises der Steuerpflichtigen, als auch von der Höhe der Steuersätze."

Dürftig sind die Aufstellungen über das finanzielle Ergebniß der geplanten Steuer. Die Begründung meint, daß die Grenze bei 2 Prozent des Umsatzes und 20 Prozent des Ertrages schon reichlich hoch gegriffen ist und eine weitere Erhöhung nicht verträgt:

„Probeveranlagungen wie auf Grund des früheren konnten allerdings nach dem gegenwärtigen Entwurf nicht veranlaßt werden, weil es zur Zeit an der Möglichkeit, den Umsatz zu ermitteln, gebricht. Aber nach den Ergebnissen der Gewerbesteuerveranlagung ist anzunehmen, daß sich auf Grund der vorgeschlagenen Bestimmungen für die größten Berliner Waarenhäuser nach ihrem derzeitigen Geschäftsumfange Steuersätze bis zu wenigstens 400,000 M. ergeben würden. Auch in Städten, wie Breslau, Köln, Frankfurt a. M., Elberfeld, Essen würde nach den der Gewerbesteuerveranlagung zu Grunde gelegten Erträgen die Waarenhaussteuer bis zu circa 125,000 M. betragen."

Wie hoch sich das Aufkommen an Waarenhaussteuer im ganzen und in einzelnen Gemeinden stellen würde, kann auch nicht annähernd angegeben werden. Bei dieser Gelegenheit sei nachträglich festgestellt, daß in dem Entwurfe eine doppelte Steuergrenze angesetzt ist, und zwar soll die Steuer weder 2 Prozent des Umsatzes noch 20 Prozent des Ertrages überschreiten, was aus der ersten Meldung nicht ersichtlich war.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Januar.

Die gesammte Industrie der Länder deutscher Zunge steht unter dem Eindruck des österreichischen Bergarbeiter-Streiks. Ganz besonders stark ist das sächsisch-thüringische und das süddeutsche Industriegebiet betroffen. Täglich laufen Meldungen von Betriebseinstellungen ein. In Sachsen mußte schon der Güterverkehr auf den Eisenbahnen beschränkt werden und auch Beschränkungen des Personenverkehrs stehen bevor. In Rheinlands-Westfalen mußten große Werke, wie der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein, durch Bestellung englischer Kohlen Vorsorge treffen, um ihren Betrieb aufrecht erhalten zu können. Infolge jener Störungen werden da und dort Arbeiter frei und vermehren sprunghaft das bisher niedrige Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Die Industrie aber arbeitet gegenwärtig, wie Dr. Jastrow in seinem „Arbeitsmarkt" hervorhebt, unter so erschwerenden Umständen, daß mit Ausnahme der Kohlen- und Hohlseifenindustrie die Nachfrage nach Arbeitern zweifellos im Nachlassen begriffen ist. Die Produktionskosten steigen in einem Grade, daß es den Fabrikanten immer schwerer wird, lohnend ihre Waare abzusetzen. Geld ist im letzten Jahre theuer geworden, die Rohstoffe sind im Preise rasch gestiegen, und Kohle ist nur zu enorm hohen Preisen von den Händlern zu erhalten. Schon werden Angstrufe aus der Industrie- und Handelswelt laut, die nach staatlichen Maßnahmen gegen die Kohlennoth rufen. So wollen die Großindustriellen in Mainz und in den Industrieländern des Erzgebirges geradezu ein Ausfuhrverbot für Deutschland erlassen wissen. In dem abgelaufenen Monat Januar wirkte die Kohlennoth noch nicht so stark, daß im Gesammtbilde des deutschen Arbeitsmarktes nicht die aus dem Vorjahre übernommenen Momente des Fortschrittes nicht noch überwogen hätten. Wenn bei den Arbeitsnachweisen auf 100 offene Stellen 126,9 Arbeitsuchende gezählt werden, so ist dies weniger als im entsprechenden Monat des Vorjahres (134,4); und bei den Krankenkassen nahm im Laufe des Monats die Zahl der Beschäftigten um 2,2 Proz. zu (gegen 0,6 Proz.). Die hervorragendste Meinungsäußerung über die wirthschaftliche Lage, der Jahresbericht der Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin, stellt für das laufende Jahr dem geschäftlichen Leben noch eine günstige Prognose. Das Jahr 1899 habe so viele Arbeitsaufträge hinterlassen, daß man mindestens vor einem schroffen Abfallen der Konjunktur-Kurve sich auch noch im Jahre 1900 gesichert glauben dürfte. Aber die inzwischen akut gewordene Kohlennoth nöthigte zu dem Vorbehalt, daß bei einer längeren Dauer das Gedeihen der Industrie und die bisher günstige Lage des Arbeitsmarktes einen Umschwung in absteigender Richtung erfahren müßten.

Die moderne Titelsucht.

Bei der Berathung des Justizetats in der badischen Zweiten Kammer wurde die Einführung der in Preußen üblichen Titulaturen für dienstältere Amtsrichter und Vorstände größerer Amtsgerichte („Amtsgerichtsrath", „Geh. Justizrath" rc.) angeregt. Der Minister der Justiz entgegnete hierauf, „man habe es bisher als einen Vorzug unseres Landes angesehen, daß nicht durch im Richterstand mit Titeln gearbeitet werde," und mehrere diesem Stande angehörende Abgeordnete bestätigten, daß die badischen Richter noch mehr Titeln kein Verlangen trügen. Die genannten Rathstitel werden demnach bis auf weiteres wohl nicht in Baden eingeführt werden. Im übrigen ist ja auch Baden mit „Räthen" reichlich gesegnet; man hat dort Hofräthe, Finanzräthe, Bauräthe, Kirchenräthe, Kommerzienräthe, Regierungsräthe von den einfachen bis zu den Geheimen Oberregierungsräthen, neuerlich auch Veterinärräthe rc. Bei der Kammerdebatte wurde auch der Wunsch geäußert, daß der Titel „Erster Staatsanwalt" durch „Oberstaatsanwalt" ersetzt werde; dabei wurde darauf hingewiesen, daß auch die Frauen von Beamten mit dem Titel ihres Gatten angeredet werden, und daß „Frau Erste Staatsanwalt" recht schlecht klinge. Die „Münchener Allg. Ztg." erinnert bei dieser Debatte an eine Verordnung des Großherzogs Karl Friedrich vom Jahre 1808, die auf eine Vereinfachung und Verminderung der Titel abzielte. Der weise Monarch sagte u. a.:

„Unsere Diener führen künftighin nur die Benennung der Stelle, die sie bekleiden. Es soll daher kein Diener, welchen Standes er auch sei, einen anderen Titel führen, als die Benennung, welche deutlich und maßgebend mit seiner Amtsstelle oder Funktion übereinkommt. So wie das Streben nach Titeln nur ein Mißtrauen verräth, durch eigenen inneren Werth etwas zu gelten, werden künftig nur selten noch Gesuche um Titelverleihungen an Uns gebracht werden.... Wird man vollends aufhören, Rang und Titel, welche nur dem öffentlichen Leben und in diesem den Dienern nur — nicht ihren Frauen — angehören, in das Privatleben zu übertragen, so wird der gesellige Umgang eine freiere Bewegung, die äußere Kultur wird leichtere Formen zum Vortheil der Inneren gewinnen, und so mögen denn — was Wir lebhaft wünschen — alle Nachtheile des Titelwesens aus Unseren Staaten verschwinden!"

Ob dieser Wunsch in Erfüllung gegangen ist? Wir möchten die Frage nicht bejahen. Die Titelsucht blüht heute, an der Wende des Jahrhunderts, ebenso üppig, wie sie im Anfang desselben geblüht hat.

---

belebt durch geschickte Gliederung und pikante Stellung und Gestalt der Fenster, die sich mehr dem „Bürgerfenster" nähern und nicht mehr reine „Palastfenster" sind. Beim Dache und Fensterwerk zeigen sich lobenswerthe Ansätze zur Verwendung der Farbe. Balkons, Veranden, Loggien sind nicht mehr in verdrießlichem Uebermaße, sondern mit wohl überlegter Sparsamkeit angebracht und organischer in die Gesammtarchitektur des Hauses einbezogen. Bisweilen wird allerdings noch die Anhäufung an irgend einen historischen Stil beliebt, aber in der Mehrzahl der Fälle knüpfen die Baumeister an den neuen Miethshaus-Stil, wie er hier kurz charakterisirt wurde, an und suchen ihn weiter zu entwickeln. Für das künstlerische Verhältniß des Miethshauses zur Straße ist es als ein großer Fortschritt zu bezeichnen, daß wiederholt in jüngster Zeit der Versuch gemacht wurde, den für das Berliner Miethshaus charakteristischen großen Hof an die Straßenfront zu verlegen, wodurch eine, gar mannigfacher und reizvoller Ausbildung fähige Art cour d'honneur geschaffen wird. Praktisch ist damit der Vortheil verbunden, daß man eine sehr große Zahl nach der Straße belegener Wohnungen erzielt; künstlerisch wird natürlich eine sehr erfreuliche Belebung der Straßenfront erzielt, die natürlich noch wesentlich gesteigert werden kann durch Gartenanlagen oder anderweitigen hübschen Schmuck der Vorhöfe. Besonders hübsch ist dieser Versuch ausgefallen an einem Neubau an der Ecke Dorotheen- und Universitätsstraße, der sich überhaupt durch sehr lebendige und malerische Behandlung auszeichnet. Dem reichen und vornehmen Aeußeren dieser modernen Miethshäuser soll allerdings das Innere nicht immer ganz entsprechen; man hört wenigstens klagen, daß selbst in den stattlichsten Neubauten der Comfort der Wohnungen noch immer nicht voll auf der Höhe stehe. Hier liegt aber natürlich die Hauptaufgabe: die Wohnungen müssen uns und unseren Bedürfnissen sitzen und passen, wie ein tadelloses gearbeitetes Kleid, und nach der besten inneren Raumdisposition muß die Fassadenbildung gestaltet werden. Das Princip vom seidenen Rock und lockerigen Strumpf muß an der Architektur des Miethshauses durchaus überwunden werden.

Dr. Albert Dresdner.

Parlamentarisches.

* In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Mittwoch die Berathung des Militäretats fortgesetzt. Abg. Bassermann (nl.) stellte, in Anknüpfung an überreichte Petitionen, den Antrag, das Gehalt der Militärärzte zu erhöhen. Abg. Graf Carmer (kons.), sowie die Abgg. Eickhoff und Müller-Sagan (freis. Vp.) wollen auch das Gehalt der Zahlmeister erhöht wissen. Der Vertreter des Reichsschatzamtes, Geh. Rath Herz, macht Bedenken gegen die Erhöhung des Einkommens einzelner Kategorien geltend und theilt mit, daß Erwägungen schweben, wie man den Zahlmeistern den Uebergang in besser bezahlte Stellen bei der Generalmilitärkasse und zur Intendantur eröffnen könne. Ein Antrag des Abg. Spahn (Ctr.), die Petitionen der Militärärzte der Regierung als Material zu überweisen, gelangt zur Annahme, nachdem der Antrag Bassermann auf Gehaltserhöhung für die Roßärzte mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt war. Auch der Antrag Carmer-Eickhoff, betreffend Gehaltsaufbesserung der Zahlmeister, fand keine Mehrheit. Dagegen wurde ein Antrag des Abg. Gröber (Ctr.), den Stabsbootsleuten die Seuchklasse der Feldwebel zu gewähren, mit großer Mehrheit angenommen. Im Fortgang der Debatte trägt Abg. Müller-Sagan (freis. Vp.), welche Erfahrungen man mit der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit gemacht habe. Generallieutnant v. d. Bocck erwidert, die Zeit seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei zu kurz, um jetzt schon ein abschließendes Urtheil abzugeben. Auf Anfrage des Abg. Müller-Sagan wegen der von der Militärverwaltung gezahlten Getreidepreise erklärt General v. Herzingen, die Verwaltung kaufe innerhalb des bewilligten Pauschquantums das Getreide so billig als möglich. In der Regel werde der Marktpreis gezahlt, nur ausnahmsweise setzen die Intendanturen eine Preisgrenze. Abg. Müller-Sagan bringt die neuen Offiziermäntel zur Sprache, die von den Offizieren nach Art der „Damencapes" getragen würden. (Heiterkeit.) General v. Herzingen: Die neuen Offiziermäntel entsprechen den Wünschen der Offiziere, seien praktisch und bewährten sich vorzüglich bei Regenwetter. Die Kapitel „Naturalverpflegung" sowie „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen" werden unverändert bewilligt.

* Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses erklärte, wie schon heute morgen kurz erwähnt, die Wahlen der drei Breslauer Abgeordneten für ungiltig. Die Kommission hat im Laufe der Verhandlungen ihren Standpunkt völlig verändert. Während sie anfangs die Zahlung von Entschädigungen an die Wahlmänner für Fuhrkosten, Zeitversäumniß rc. — entsprechend früheren Entscheidungen des Abgeordnetenhauses — als zulässig anerkannte und nur in der Auszahlung dieser Gelder während des Wahlaktes in dem Wahllokal eine Wahlbeeinflussung erblickt hat, hat sie jetzt, nachdem die angestellten Beweiserhebungen ergeben haben, daß von einer Beeinflussung der in Frage kommenden Wahlmänner durch die Zahlung dieser Entschädigungen keine Rede sein könne, da dieselben schon vor Beginn des Wahlaktes die Stimmenabgabe für die freisinnigen Kandidaten in der Stichwahl beschlossen hatten, ihre Entscheidung dahin getroffen, daß das vorherige Versprechen von Entschädigung an sich genüge, um eine Wahlbeeinflussung nachzuweisen. Da ihre eine völlig veränderte Stellungnahme der Kommission vorliegt, dürfte wohl im Plenum eine grundsätzliche Entscheidung über die Zulässigkeit dieser Entschädigung und die Form der Auszahlung herbeigeführt werden. Wenn auch die Majorität des Abgeordnetenhauses die Ungiltigkeitserklärung der Wahlen zweifellos beschließen wird, so dürften die von Konservativen und Centrum auf eine Neuwahl gesetzten Hoffnungen doch schwerlich in Erfüllung gehen. Die nothwendig werdenden Wahlmänner-Ersatzwahlen bieten den vereinigten Freisinnigen insofern nicht ungünstige Aussichten, als von den bei der Hauptwahl für ungiltig erklärten 51 Wahlmännerwahlen 34 auf die freisinnigen und nur 17 auf die konservativ-klerikalen Wahlmänner fielen.

* In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde am Mittwoch eine Angelegenheit verhandelt, die i. J. außerordentliches Aufsehen erregt hat. Bekanntlich hat der Universitätsprofessor Dr. Neisser in Breslau Syphilisserum gesunden Personen in der staatlichen Klinik eingeimpft und in einer wissenschaftlichen Zeitschrift über die Ergebnisse dieser Impfung berichtet. Bereits im v. J. wurde die Angelegenheit im Abgeordnetenhause berührt, und jetzt erklärte der Vertreter der Staatsregierung, es schwebe zur Zeit gegen den betr. Professor ein Disciplinarverfahren, dessen Beendigung demnächst zu erwarten stehe. Dieses Verfahren sei sofort nach der Veröffentlichung der Impfung in der Zeitschrift im Jahre 1898 eingeleitet worden.

* Zur Duellforderung des Abg. Dr. Hahn an den Centrumsabgeordneten Major Szmula werden nachträglich noch interessante Einzelheiten bekannt. Wie ein Reichstagsmitglied erzählt, hat Herr Hahn durch einen seiner Freunde — es wurde der Name von Major v. Endell genannt — den Abgeordneten oder vielmehr den Major Szmula auf Pistolen fordern lassen, und zwar unter den schwersten Bedingungen, nämlich bei 10 Schritt Distanz mit Avancieren und wiederholtem Kugelwechsel bis zur Kampfunfähigkeit. Abg. Szmula soll die Forderung nicht kurzer Hand abgewiesen, sondern den Abg. Dr. Karl Bachem zu seinem Zeugen bestimmt haben, worauf weitere Verhandlungen stattgefunden hätten.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Im Abgeordnetenhause hat am Dienstag der Minister des Innern Herr v. Rheinbaben eine Aeußerung gethan, aus der hervorgeht, daß die Regierung durch Errichtung eines besonderen Oberpräsidiums für Berlin und seine Vororte ein bedeutungsvolles Novum schaffen will. An diese Aeußerung werden mancherlei Befürchtungen geknüpft wegen einer Gefährdung der Selbstverwaltung Berlins, denen gegenüber indeß der Oberbürgermeister Zelle zu dem Berichterstatter eines Lokalblattes sagte: eine Schädigung, Minderung und Beeinflussung der städtischen Selbstverwaltung könne darin nicht erblickt werden. Immerhin dürfte es für die Berliner geraten sein, dem Plane gegenüber die Augen offen zu halten. Wenn sich die gestrige Mittheilung der „Frk. Ztg." über die Betreibung der Wahl des bekannten Herrn Menbrink zum zweiten Bürgermeister Berlins bestätigen sollte, dann wäre auch dies ein Anzeichen für Reaktionsgelüste in der hauptstädtischen Verwaltung.

* In Dortmund wurden zwei Polen, Buchbinder Melerowicz und Schneidermeister Kolenda, unter dem Verdachte des Hochverraths verhaftet. Sie sollen für den polnischen Nationalschatz in Rapperswil (Schweiz), der revolutionären Zwecken dient und in allen Ländern seine Agenten hat, Gelder gesammelt und abgeliefert haben.

Schule und Kirche.

* Die Frage der Schulreform geht seit kurzem wieder um. Heute bringt die „Post" eine Mittheilung, wonach man im Kultusministerium mit der Absicht umgehe, unser höheres Schulwesen einer durchgreifenden Umgestaltung zu unterziehen. Es „soll" sich um den Plan handeln, das sog. Frankfurter Syst-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000215025/fragment/page=0002

der Reformschule, das in Schöneberg und Charlottenburg nachgeahmt ist, vorbildlich zu machen, ohne es jedoch sklavisch nachzuahmen. Der oft angeregte, aber bisher immer zurückgewiesene Vorschlag, unsere höheren Schulen in zwei Abtheilungen zu zerlegen, ein Untergymnasium bis zur Untersekunda und ein Obergymnasium mit den drei oberen Klassen, „scheine jetzt Aussicht zu haben, in ernste Erwägung gezogen zu werden. Es bestehe der Plan, das Lateinische in Tertia und das Griechische in Obersekunda zu beginnen. Die „Post" vermag vorläufig selbst nicht zu glauben, daß eine solche Reform so bald Aussicht hätte, durchgeführt zu werden.

Soziale Angelegenheiten.

* Die Versammlung der Landesabtheilung Schlesien der Deutschen Adelsgenossenschaft in Breslau sprach gestern in einer Resolution ihren „tiefsten Abscheu über das Verhalten einiger Standesgenossen aus, wie es die jüngsten Berliner Prozesse ergaben." Der nächste Adelstag in Berlin wird ersucht, das Verhalten jener Herren zu brandmarken, sowie zu beantragen, jenen Pflichtvergessenen den Adel zu entziehen.

Koloniales.

* Die beiden Offiziere, auf die Abg. Bebel am Dienstag bei der Berathung des Kolonialetats anspielte, sind, nach dem „Vorwärts", die Hauptleute Kannenberg und Wegner. Daß gegen diese beiden wegen ihrer Thaten in den Kolonien Untersuchung eingeleitet ist, mußte der Direktor des Kolonialamts, Herr v. Buchka, auf die private Anfrage Bebel's zugeben, er bestritt nur, daß die von letzterem angegebenen Thatsachen Sachlage entsprechen. Fest steht aber, nach dem genannten sozialdemokratischen Blatte, daß es sich in beiden Fällen um Grausamkeiten handelt, die die beiden Offiziere gegen Eingeborene begangen haben; fest steht ferner, daß die beiden Offiziere sich in Deutschland befinden und sich ihres Lebens freuen, d. h. daß von einer Untersuchungshaft keine Rede ist.

Ausland.

Der südafrikanische Krieg.

Das britische Kriegsamt schweigt sich über die Niederlage bei Reusburg wieder einmal gründlich aus, und lediglich aus Privatnachrichten weiß man, daß die Schlappe, die die Briten dort erlitten haben, einen sehr ernsten Charakter trägt. Die Meldung, die wir hierüber in der heutigen Morgenausgabe veröffentlichten, hat inzwischen mehrfach Bestätigung — allerdings ebenfalls nur privater Natur — erhalten, und es scheint in der That, daß durch diese Niederlage des englischen Generals Clements, wobei er schwere Verluste erlitt, der Plan des Marschalls Roberts, in den Oranjestaat gleichzeitig von der Seite wie von Süden einzudringen, durchkreuzt sei. Das südliche Terrain beherrschen die Buren so vollständig, daß die Generäle French und Gatacre wahrscheinlich bis Arundel zurückweichen müssen. Jedenfalls wird die nächste größere Schlacht an der Grenze des Oranje-Freistaats geschlagen werden. Die Engländer scheinen gegenwärtig nur noch wenig Aussicht zu haben, in den Freistaat eindringen zu können. Ueber alle diese Dinge schweigt jedoch das Londoner Kriegsamt seit 36 Stunden vollständig.

Dieses Kriegsamt ist in der letzten Zeit so häufig genannt und so häufig angegriffen worden, daß es von Interesse sein dürfte, einmal zu erfahren, welche Personen von Fleisch und Blut sich eigentlich hinter dieser vielgeschmähten juristischen Person verbergen. Der gegenwärtige Staatssekretär für den Krieg ist Marquis von Lansdowne. Er steht an der Spitze der Armeeverwaltung und ist, da er niemals dem Militärstande angehört hat, in allen militärischen Fragen auf den Rath des Generalkommandanten Lord Wolseley angewiesen. Marquis von Lansdowne wurde im Jahre 1845 geboren. Er bezieht ein Jahresgehalt von 5000 Lstrl. Der parlamentarische Unterstaatssekretär für den Krieg ist Mr. G. Wyndham. Er ist Abgeordneter für Dover und diente 1885 als Leutnant im Sudan. Er wurde 1863 geboren. Sein Jahresgehalt beträgt 1500 Pfd. Sterl. Der Finanzsekretär des Kriegsamtes ist der 60jährige Mr. Powell Williams, Abgeordneter für Birmingham. Er bezieht 1500 Pfd. Sterl. jährlich. Der 64jährige Sir Ralph Knox ist ständiger Unterstaatssekretär des Krieges. Er bezieht als solcher einen Gehalt von 2000 Pfd. Sterl. jährlich. Der 67jährige Lord Wolseley ist Generalkommandant. Von ihm gehen die Armeeverordnungen und Ernennungen im Heere aus. Er hat ein Jahreseinkommen von 4500 Pfd. Sterl. Generalmajor Sir J. C. Ardagh, der im 60. Lebensjahre steht, ist Generaldirektor des Militärfonds. Er bezieht 1500 Pfd. Sterl. jährlich. General Sir H. Harrison (geboren 1837; Gehalt 2100 Pfd. Sterl.) ist Generalinspektor der militärtechnischen Abtheilung des Ministeriums. Ihm unterstehen 10 Oberste. General Sir H. Brackenbury (geboren 1837; Gehalt 2100 Pfd. Sterl.) steht an der Spitze des Militärdepots. Die Körperschaft, die unter dem Namen Armeeverwaltung (Army Board) bekannt ist, besteht aus dem Generalkommandanten und den Häuptern der einzelnen Departements und hat sich mit militärischen Fragen zu beschäftigen, die ihr vom Staatssekretär zur Berathung zugewiesen werden. Der berathenden Körperschaft des Kriegsministeriums (War Office Consultative Council) gehören außer dem Staatssekretär Landowne der Unterstaatssekretär, der Finanzsekretär und die Cefs der einzelnen Departements an. Diese Körperschaft wird übrigens nur bei besonderen Anlässen einberufen. Dem Landesvertheidigungskomitee, das nur in Kriegszeiten zusammentritt und aus Mitgliedern des Ministeriums zusammengesetzt ist, gehören Lord Salisbury, Mr. Balfour, der Herzog von Devonshire, Lord Lansdowne und Mr. Goschen an. —

Zum Kapitel „Reorganisation" der englischen Armee geht uns aus London folgender Bericht zu:

London, 13. Febr. Die Erwartungen, die man in die gestrigen Armeeberathungen setzte, haben sich nicht erfüllt. Vorläufig kann vielleicht von einer Vermehrung des englischen Truppenbestandes, nicht aber von einer Reorganisation der Armee die Rede sein. Daß auch eine solche unbedingt erfolgen muß, gaben wohl alle Redner bedingungslos zu, aber alle meinten auch, daß vor einer glücklichen Beendigung des Krieges es nicht an der Zeit sei, sich mit solchen Ideen zu befassen. Von der Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht nach deutschem Muster wird man jedenfalls in England nie etwas wissen wollen und der „Daily Telegraph" schließt seine Besprechung mit dem Satze: „Wie wir schon erwähnt haben, ist es jetzt wohl nicht Zeit zu einer ausführlichen Besprechung sämmtlicher Details, doch sind wir fest davon überzeugt, daß das ganze Land auch fernerhin mit dem Prinzip zufrieden sein wird, auf dem seine Heeresorganisation beruht, mit dem Prinzip einer starken Vertheidigungsmacht seiner Heimath, und daß es nach wie vor dem widerwärtigen und abscheulichen System einer allgemeinen Aushebung abgeneigt bleiben wird." So wenig man heute aber von einer Veränderung in der englischen Armee wissen will, so viel erwartet man von ihrer Vermehrung. Letztere wird eine ganz außerordentliche werden, so sind beispielsweise nicht weniger als 75 neue Infanterie-Bataillone geplant. Es bleibt dabei aber die schwierige Frage offen, woher man die Soldaten nehmen soll, die zur Bildung dieser Armeecorps doch nun einmal unbedingt nothwendig sind. Die mannigfaltigsten Vorschläge werden dafür gemacht. Der „Daily Telegraph" ist der Ansicht des Lord Lansdowne, der gestern in seiner Rede auf all diejenigen hinwies, die vielleicht mit 18 Jahren eintreten, 12 Jahre im Heeresdienst bleiben und so schon im Alter von 30 Jahren wieder Civilpersonen werden. Er meinte, es gäbe seiner Ansicht nach sicherlich heute in England 170,000 kriegstüchtige Leute, die theilweise noch im „prime of life" — im Frühling des Lebens — ständen und zum Spezialdienst herangezogen werden könnten. Die großen Zeitungen sind fast allgemein der Ansicht, daß das Volontärwesen in der Armee auch nach dem Kriege England erhalten bleiben solle. Der „Standard" betont, wie ausgezeichnet sich Volontäre und Miliz im Feldzuge bewiesen und wie alle Generäle ihre volle Zufriedenheit mit diesen Hilfstruppen ausgesprochen hätten. Der Krieg hätte den Beweis erbracht, daß es für England heute nicht mehr möglich sei, ausschließlich mit seinem Feldheer auszukommen, daß es vielmehr außerordentlich auf die Tüchtigkeit dieser „Civilian soldiers" angewiesen wäre. Auch die Frage, wer die Leitung dieser Truppen zur Ausbildung in Friedenszeiten übernehmen soll, wird in den Zeitungen erörtert. Der „Telegraph" schlägt vor, Leute, deren Fähigkeiten dazu geeignet sein mögen, als Offiziere für diese Reservearmee zu wählen — ohne sich über diesen Vorschlag näher auszusprechen. — Alles in allem sind die Ansichten der Zeitungen ebenso lückenhaft, wie die Vorschläge und Ideen, die gestern im Parlament zur Sprache gebracht wurden. Hier und dort spricht man von neuen Plänen und großen Umwälzungen im Heereskörper, doch denkt man jetzt, wo es auf dem Kriegsschauplatz noch nicht günstiger für England aussieht, nicht daran, sie wirklich näher ins Auge zu fassen und sich mit der Möglichkeit ihrer Ausführung zu beschäftigen.

Oesterreich-Ungarn.

Im Subkomitee der Verständigungskonferenz über die böhmische Landtagswahlreform brachten, der „Frkf. Ztg." zufolge, die Deutschen gestern formulirte Anträge ein, auf Grund deren sich theils eine prinzipielle Einigung, theils Annäherung ergab. Nur die Frage der Nationalkurien mit Vetorecht blieb kontrovers. Im Plenum der böhmischen Konferenz fand eine allgemeine Diskussion über Minoritätsschulen statt. Heute soll mit der wichtigsten und schwierigsten Frage des Ausgleiches, den Sprachengebrauch bei staatlichen Behörden, begonnen werden.

Belgien.

Seitens des Justizministers van den Heuvel ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, betreffend die Erhöhung der Gehälter des niedern Klerus. Das verdient um so mehr Beachtung, als man sich bisher gar keinen Begriff davon gemacht hatte, wie schlecht sich die katholischen Geistlichen hier zu Lande eigentlich stehen, denn da verschiedene hohe Prälaten in Brüssel sich in einem recht ansehnlichen Wohlstande befinden, so nahm man an, daß der gesammte Klerus reich sei. In Wirklichkeit verhält sich aber die Sache ganz anders. Wenn der katholische Minister in seinem Exposé boshafterweise darauf erinnert, daß eine derartige Gehaltsaufbesserung bereits vor 35 Jahren von der Linkeliberalen Partei gefordert worden sei, kann man sich denken, wie nothwendig sie ist. Ein Pfarrer besitzt heute 2100 Frcs. jährlich, d. h. weniger als ein Portier im Ministerium, ein Vikar kommt auf 1500—1600 Frcs. und ein Hilfsgeistlicher auf 900 Frcs. Es giebt zwar Nebeneinkünfte, aber nur für den Pfarrer; die anderen Geistlichen hängen in der Beziehung ganz von seiner Gnade ab. Auf dem Lande würden die Seelsorger im größten Elend leben, wenn sie nicht von den Bauern unterstützt würden! Der Minister schlägt zwar nur eine Erhöhung um 10 Proz. vor, aber es ist doch wenigstens der Anfang zur Besserung damit gemacht.

Frankreich.

Die Assumptionisten-Affäre scheint eine ernste Verstimmung zwischen der Regierung und dem Papst hervorgerufen zu haben. Der „Temps" bedauert, daß der Einfluß des Papstes auf die Assumptionisten nicht stark genug war, um einen Konflikt zwischen der Regierung und den Bischöfen zu verhindern. Die Regierung, die im Concordat keinen Schutz gefunden habe, sei gezwungen, sich über das Concordat wegzusetzen, und es sei zu befürchten, daß der geöffnete Kampf zum Ende des Concordats führe.

Am Dienstag sprach, der „Frkf. Ztg." zufolge, in der Kammer Timond in der Generaldebatte des Kriegsbudgets die Befürchtung aus, daß die deutsche Armee der französischen nicht nur numerisch, sondern auch qualitativ überlegen sei. Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses verglich der Redner die französischen und die deutschen Heereseinrichtungen und kritisirte das Anwachsen der Zahl der hohen Offiziere und die übermäßige Abzweigung von Mannschaften zu Nebendiensten in der Verwaltung, wodurch die Präsenzziffer, die ohnehin abnehme, wesentlich beeinträchtigt werde. Der Radikale Chapuis bedauerte die Verzögerung der Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die seit zwei Jahren in der Kommission erwogen wird.

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwest; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Zur bevorstehenden Confirmation empfehlen in bekannt grösster Auswahl hervorragende Neuheiten in

schwarzen, weissen und farbigen reinwollenen

Kleiderstoffen,

Jackets, Kragen,

fertige Wäsche, Taschentücher, Unterröcke, Corsets, Taillentücher, Schirme, Handschuhe u. dergl.

Verkauf zu festen, anerkannt billigsten Preisen.

Confirmanden-Anzüge

wegen Aufgabe dieses Artikels

aussergewöhnlich billig.

Brummer & Benjamin

Gr. Ulrichstrasse 23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000215025/fragment/page=0003

Zähne, naturgetreu, vollständig brauchbar, schmerzlos.
Reparaturen und Umarbeitungen sofort. Billig.
Zahnziehen schmerzlos ohne allgem. Betäubung.
Plomben, Gold, Silber, Emaille.
Dr. chir. dent. **Netz,** prom. Amerika,
Geiststr. 21. Auf Nummer **21** achten.

Anzugstoffe.

Neuheiten in guter Qualität für Herren und Knaben, **Billardtuch** und feine farbige **Damentuche** zu eleganten **Promenadenkleidern** versende billigst, auch einzelne Meter. Proben frei.

Max Niemer,
Sommerfeld N.-L. I.

Gute **Regenschirme,** eig. Fabrikat, garantirt auerh. Repar. jed. Art. Ergebst. empfohl. Schirmfabr. **Fritz Behrens, Halle a. S., Gr. Steinstraße 85.** Ecke Neumb.
Ueberziehen auf Wunsch innerhalb 1 Stunde.

Für
Hausfrauen.

Gegen **alte Wollsachen** liefert Herren- und Damenkleiderstoffe aller Art, Teppiche, Decken, Strickwolle, Leinen u. Baumwollwaaren, **seidene Schlafdecken und Portièren** zu billigen Preisen.
R. Eichmann, Ballenstedt.
Annahmestelle und Musterlager bei Fr. **Klauss,** Spiegelstraße 2. Fr. **Querfurth,** Landwebrstr. 21.

F. Wolff,

Große Steinstraße 36,
gegenüber den Kgl. Kliniken,
Färberei u. chem. Wasch-Anstalt.
Damen-Kleid chemisch Reinigen **Mk. 2,50,**
Herren-Anzug chem. Reinigen **Mk. 2,50.**
Garantie für tadellose Ausführung.
Rücklieferung innerhalb 3 Tagen.

Rennthier-Rücken und Keulen,

Birkwild, Schnee- und Haselhühner, franz. Poularden, Puter, Capaunen, Enten.

Ia. Holländer Austern.
Caviar, Hummer, Pasteten, Lachs.

Alle Sorten feinen Tafel-Aufschnitt.
Cervelatwurst, à Pfund 1,30 Mk.

Gemüse- und Früchte-Conserven.
Beste Waare billigst, bei Mehrabnahme Rabatt!

Messina- und Blut-Orangen,
Dtzd. 70 Pfg. bis 1.50 Mk.

Thee, Cacao, Chocolade, Biscuits.

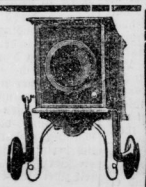
Leipziger Str. Nr. 5. **Julius Bethge** Leipziger Str. Nr. 5.
(Klippert & Engel).
Weinhandlung. Austernstube.

P. P.

Einem hohen Adel, sowie einem geehrten Publikum für Halle und Umgegend hiermit die ergebene Anzeige, daß **vom 15. d. Mts. ab** in meinen Stallungen **circa 150 Stück nur allererster Classe — sowie in allen Größen und Farben — Reit- und Wagenpferde** aus den **hervorragendsten Gestüten Ungarns** zum Verkauf stehen. Die Pferde sind von mir **sorgfältigst ausgesucht,** so daß ich meinen werth. Käufern **nur das beste Material** zur gefl. Musterung bereit halte. Auch sind sämmtliche **Reitpferde militärfromm geritten und die Wagenpferde gut eingefahren.** Ich stelle wie immer den **p. p. Käufern die solidesten Preise, sowie ganz reelle und coulante Bedingungen.**

Hochachtungsvoll
J. Rosenfeld, Pferdehandlung,
Leipzig, Aeußere Hallesche Straße 2c.
Telephon 1560.

Haustelegraphen-Anlagen
empfiehlt unter langjähriger Garantie
F. May,
Elektrotechnische Anstalt,
Königstr. 13.



Kostenanschläge gratis.

Der Verkauf ab Werk
von Pressstein en
ist bis auf Weiteres geschlossen.

Preßsteinfabrik Nietleben, den 15. Februar 1900.
Paul Heydenreich.

Wichtig für Kapitalisten!
Hochlohnende neue Industrie.

Deutsche Kunstsandsteinwerke Patent Kieber Actien-Gesellschaft, Berlin, Friedrichstrasse 138.

Vergiebt Licenzen und installirt Fabriken zur Herstellung von
Ziegelsteinen aus Sand.
Jahresproduktion von 2 bis 100 Millionen Steinen.
Besser und billiger als Steine aus Lehm und Thon.
Patente in allen Staaten. D. R. P. 103777.
Man verlange Prospecte.

Wer Freund einer guten sparsamen Küche ist, verwende
Lösl. **Frühstücks-Suppen**
Gemüse- u. Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
MAGGI
Zu haben in der **Friedrich-Drogerie Max Thümmler,** Friedrichstr. 53.

Das Beste bei
Fettsucht, Gicht und Verstopfung etc.
ist das **natürl. Bitterwasser**
Rubinat-Dr. Llorach
da das Wirksamste von Allen und von vielen Aerzten empfohlen. —
Verkaufsstellen in den meisten Apotheken, Drogerien und Mineralwasserhandlungen.

Vom 15. d. Mts. ab steht ein großer Transport hochtragender u. frischmilchender Kühe sehr preiswerth bei mir zum Verkauf.
Cönnern a. S. **W. Neumeister.**

Gerichtlicher Ausverkauf.

Die zur **Johannes Müller'schen** Concursmasse gehörigen
Cigarren, Cigaretten und Tabake
werden werktäglich von **10—1** und Nachm. von **3—6** Uhr im Laden **Barfüßerstraße 12** zu billigen Preisen ausverkauft.
J. Ed. Peuschel, Konkursverwalter.

Sind Sie zufrieden

mit Ihren Glühstrümpfen? Leuchten sie schön? Halten sie ca. 2000 Brennstunden aus? Thun sie den Augen nicht weh? Sind sie recht fest? Dann bleiben Sie dabei! Andernfalls versuchen Sie die Hill'schen Patent-Strümpfe, welche zuerst von der **englischen Auer-Gesellschaft** als vervollkommnete Glühkörper eingeführt, seitdem von anderen Auer-Gesellschaften aufgenommen wurden und in England den alten Auer-Strumpf in kurzer Zeit beinahe verdrängt haben. Im Gebrauch die billigsten, weil bei weitem haltbarsten. Patentinhaber und alleinige Fabrikanten
Henry Hill & Co. Limited, Berlin O.,
Mühlenstrasse 60 a.

Im Sturmschritt

jagen sich die Erfindungen. Im Wettlauf der Waschmittel ist **Dr. Thompson's Seifenpulver,** Marke **Schwan,** das erste aller Seifenpulver, unerreicht an der Spitze geblieben, weil es, alle Fortschritte der Technik nützend, noch heute von derselben gleichmässigen, unübertrefflichen Güte ist wie damals, als es das einzige Seifenpulver war.
Alleiniger Fabrikant: **Ernst Sieglin, Düsseldorf.**

Täglich
frisches Geflügel u. Wild,

Prachtvolle Poularden, Hamb. junge Gänse, Enten, Hähnchen, Capaunen, Puter u. Hennen, Haselhühner, Birkwild, Schneehühner, Rennthierrücken u. Keulen.

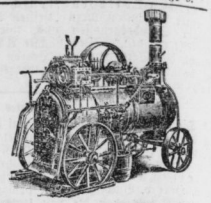
Kopfsalat und Englisch Sellerie,
Endivien, Artischoken, frische Gurken, Tomaten, Radies, Teltower Rübchen, Oporto-Zwiebeln, Maronen, Sauerkohl.

Sehr süsse
saftige Apfelsinen,
Dtzd. 80 Pf. u. 1 Mk.,
ganze und halbe Kisten billigst.
Blutorangen, Mandarinen, bittere Orangen, Almeriatrauben Pfd. 80 Pfg.
Ia. Gemüse- und Früchte-Conserven,
bekannt feinste Qualitäten, billigst
empfehlen
Pottel & Broskowski.

Wer Interesse für die Börse hat, lese die
„Berliner Börsen-Kritik".
Probenummern **gratis** und **franco.**
Verlag und Expedition:
Berlin W., Leipziger Strasse 101/102.

Buchführung,

dopp. ital. 25 M. — einf. 15 M. — Einzel-Unterricht. Revisionen, Monats- und Jahres-Abschlüsse, Inventuren u. vollständige Neueinrichtung der Bücher übernimmt **F. C. Beyer,** Buchhalter, Kreuzbergstraße 9.



Locomobilen,

fahrbar und stationär, kauf. und miethweise,
liefern sofort
A. Henninger & Co., Maschinenfabrik,
Darmstadt.
Vertreter: Wilhelm Arzt, Halle a. S., Hochstr. 18.

D.R.P. No 90479.

Lieferung unter Garantie der Brauchbarkeit.
Wilh. Heckert,
Gr. Ulrichstraße 62.

Ballkleider, Maskenanzüge, Schärpen, Blousen, Fächer,
Spitzen, Handschuhe reinigt und färbt sauber, schnell und billig
Judlin's chemische Wasch-Anstalt und Färberei,
Filiale: Halle, Gr. Steinstr. 82.

Nähmaschinen, Fahrräder, Wringmaschinen.
Reparaturwerkstatt.
Vernickelung.
Josef Mittag,
vorm. Liepe & Co.,
Henriettenstraße Nr. 33.

Dr. Oetker's

Backpulver 10 Pfg.
Vanillin-Zucker 10 Pfg.
Pudding-Pulver 10, 15, 20 Pfg.
Millionenfach bewährte Recepte gratis von den besten Kolonialwaaren- u. Drogengeschäften jeder Stadt oder Gunxos-Niederlagen:
Helmbold & Co., Bernh. Most.

Deutsches Reichspatent **96223.**
Kefir-Brot,
Kefir-Zwieback,
Kefir-Cakes,
sehr empfehlensw. für Magenkranke.
Alleiniger Fabrikant für Halle nur
Otto Hänel, Bäckermeister,
Geiststraße 46. Harz 12.
Daselbst kann ein Lehrling eintreten.

Auction.

Versteigere Sonnabend den 17. d. Mts., Vormittags 11¾ Uhr im Gasthof zu **Pirkhol** zwangsweise:
1 Waschtisch, 1 Bettstelle, 1 Kleidersekretär, 1 Nähtisch, 6 Stühle, 1 Spiegel mit Schränkchen u. a. m. gegen Baarzahlung.
Lemke,
Gerichtsvollzieher in Wettin.

Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000215025/fragment/page=0004